



im Rat der  
Stadt Oldenburg

26105 Oldenburg  
Altes Rathaus, Zimmer 4  
Telefon: 0441 - 235 2686  
Telefax: 0441 - 235 2156  
E-Mail: [cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de](mailto:cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de)

## Newsletter CDU-Fraktion – Nr.7/Februar 2018

Ganztagsschule: Neuer Rahmenplan beschlossen +++ Bauwerkhalle: Verkauf gestoppt +++ Weißenmoor: Kritik überzogen

### Umweltzone: CDU bezweifelt positive Wirkung



Dichter Verkehr am Wall: Fahrverbote sind nach Meinung der CDU-Fraktion jedoch keine Lösung. Bild: Oliver Bloch

Vollständig überzeugt wirkten selbst die Befürworter nicht. Dennoch stellte der Stadtrat in seiner Januar-Sitzung die Weichen für eine Grüne Umweltzone in Oldenburg. Mit den Stimmen von SPD und Grünen folgte das Gremium dem Vorschlag der Verwaltung, die Umweltzone in die Fortschreibung des Luftreinhalteplans aufzunehmen. Die CDU-Fraktion enthielt sich und begründete dies in erster Linie mit der aus ihrer

Sicht mangelnden Wirksamkeit. Mit dem eigenen Antrag auf Streichung der Umweltzone konnte sich die Fraktion nicht durchsetzen.

„Von der Umweltzone sind lediglich rund 3000 Fahrzeuge in Oldenburg betroffen. Das bringt eine Reduzierung der Stickoxide von gerade einmal einem Mikrogramm“,



Eine Umweltzone löst das Luftproblem nach Meinung der CDU in Oldenburg nicht.  
Bild: GTÜ/Pixelio.de

kritisierte Michael Schilling, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion. In seiner Ratsrede bezweifelte er daher gegen anderslautende Auffassungen den positiven Effekt für eine bessere Luft. Stattdessen verwies Schilling auf deutlich wirkungsvollere Möglichkeiten, die Schadstoffe zu minimieren, zum Beispiel durch die Förderung der Elektromobilität oder Verbesserungen bei den Öffentlichen Verkehrsmitteln.

Fraktionschef Olaf Klaukien sprach zudem die sozialen Auswirkungen einer Umweltzone an: „Ich fürchte weniger einen Prozess der Deutschen Umwelthilfe, sondern sehe die Gefahr, dass viele Menschen bei Einführung einer Umweltzone auf ihr Grundrecht auf Mobilität klagen.“ Denn eine solche Maßnahme würde vor allem kleinere Handwerksbetriebe treffen oder Menschen mit geringem Einkommen, die sich kein neues Auto leisten könnten. Auch Pendler wären betroffen. Schließlich dürften nach Einführung einer Umweltzone nur noch Autos mit einer Grünen Plakette größere Teile der Innenstadt befahren. Alte Dieselfahrzeuge, die der Abgasnorm Euro 4 nicht entsprechen, müssten draußen bleiben. Die Einfahrt ohne Plakette oder Ausnahmegenehmigung in die Umweltzone führt zu einem Bußgeld von 80 Euro. „Wir müssen die Feinstaubbelastung in Oldenburg zweifelsohne reduzieren. Doch dazu braucht es deutlich sinnvollere Maßnahmen als Fahrverbote“, forderte Klaukien.

+++++

## Mehr Schule im Ganztag

Es ist erst gut zwei Jahre her, als im Herbst 2015 ein Rahmenkonzept zur Ganztagsbetreuung an Oldenburger Grundschulen beschlossen wurde. In der eigens dafür einberufenen Sondersitzung des Stadtrats im Januar stand nun bereits eine Neufassung auf der Tagesordnung. „Die Umwandlung zur Ganztagschule ist ein dynamischer Prozess, der uns ständig vor neue Herausforderungen stellt. Dem tragen wir heute Rechnung und fügen mit dem überarbeiteten Rahmenkonzept ein weiteres



Begründete die Position der CDU-Fraktion: Ratscherr Thomas Theilsiefje

Kapitel hinzu“, begründete Ratscherr Thomas Theilsiefje die Zustimmung der CDU-Fraktion. Denn künftig werde der Ganztag konsequent von der Schule aus gedacht. Nach langer Diskussion befürwortete die Fraktion schließlich die Neuausrichtung, die den Grundschulen mehr Spielräume lässt, da die Gestaltung des Ganztags künftig in der Verantwortung der Schule liegt. Das führt

zudem zu einem geringeren Zuschussbedarf. Der reduziert sich nach Angaben der Verwaltung von neun auf fünf Millionen Euro. Schulen, die noch nach dem bestehenden Rahmenkonzept arbeiten, genießen derweil Bestandsschutz bis zum Schuljahr 2020/21. Die neuen Ganztagschulen starten bereits nach den neuen Richtlinien.

„Uns ist wichtig, dass dabei die Bedürfnisse der Eltern im Konzept berücksichtigt werden, und dies ist der Fall. Denn die jeweiligen Schulvorstände entscheiden dar-

über, welches Modell der Ganztagsbetreuung die Schule wählt“, sagte Thomas Schnabel, wie Theilsiefje Mitglied des Schulausschusses. Die beiden Ratscherrn gingen in ihren Beiträgen auch detailliert auf die Kritik am neuen Konzept ein, die der Stadtelternerat unter anderem in den Einwohnerfragestunden geäußert hatte. „Ein völliger Konsens ist bei unterschiedlichen Interessen nie möglich. Entscheidend ist jedoch ein Faktor: Die heutige Be-



Ging auf die Kritik am Konzept ein: Ratscherr Thomas Schnabel

schlussvorlage bietet einen sinnvollen Kompromiss, der unter Beteiligung der Schulen und Elternvertreter zustan-

de kam“, betonte Theilsiefe. Über allem stünden dabei die Ziele der verbesserten Bildungs- und Teilhabechancen unserer Grundschulkinder, sagte er: „Gleichzeitig wird eine Verbesserung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eintreten.“ Schließlich hat sich die Fraktion erfolgreich für den Erhalt der neunwöchigen Ferienbetreuung eingesetzt, die die Verwaltung auf acht reduzieren wollte.

+++++

## Bauwerk: Restaurantpläne vorerst vom Tisch



Bleibt in städtischer Hand: Die Bauwerkhalle am Pferdemarkt.

Bild: Oliver Bloch

Mit großer Erleichterung hat die CDU-Fraktion auf die Nachricht reagiert: Die Verkaufspläne für die Bauwerkhalle am Pferdemarkt sind vom Tisch. Etwas überraschend stoppte die Stadtverwaltung Mitte Januar die Verkaufspläne für das denkmalgeschützte Gebäude. Zuvor hatte sich auch die CDU-Fraktion gegen einen Verkauf ausgesprochen. „Uns ist wichtig, dass der einzigartige Charakter der Halle erhalten bleibt und dort auch weiterhin kulturelle Nutzungen verschiedener Gruppen möglich sind“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christoph Baak in einer Presseerklärung. Andersartige Nutzungen seien aber ausdrücklich nicht ausge-



schlossen, betonte er. Die Sanierung der Halle sei mit geringem finanziellem Aufwand möglich, dies sei Aufgabe der Stadt. Die Kosten für den laufenden Betrieb müssten aber von den Nutzergruppen der Halle finanziert werden.

Ende vergangenen Jahres waren die Gemeinnützigen Werkstätten mit ihren Plänen an die Öffentlichkeit gegangen, die Halle kaufen zu wollen, um dort ein „inklusives Restaurant“ zu eröffnen. Es sollten Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung entstehen. Die Aufgabe der Halle für ein kulturelles Angebot wurde trotz des beachtlichen Sanierungsbedarfs auch von anderen Fraktionen und von den bisherigen Nutzern kritisch gesehen. Bis auf Weiteres soll das Gebäude laut Verwaltung als Veranstaltungsraum mit eingeschränkter saisonaler Nutzung erhalten bleiben.

+++++

## Weißenmoor: Klaukien weist Kritik zurück

Die Kritik am Verfahren zur geplanten Bebauung des Gebietes Weißenmoor/Südbäke weist die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg zurück. „Von einer Planung im Eiltempo ohne Bürgerbeteiligung und transparente Begründung kann



Stein des Anstoßes: Die geplante Bebauung des Weißenmoors.  
Bild: Oliver Bloch

keine Rede sein“, sagte Olaf Klaukien und spricht stattdessen von einer maßvollen Bebauung, die auch dem Landschaftsschutz Rechnung trage. Damit nahm der Fraktionsvorsitzende Stellung zu einem Bericht der Northwest-

Zeitung, in der die Bürgerinitiative „Grüne Lunge“ zitiert worden war.

Die Vorwürfe der Anlieger seien nicht gerechtfertigt, verwies Klaukien auf die bisherige Vorgehensweise von Politik und Verwaltung. So haben die Fraktionen von CDU und SPD im November 2017 einen gemeinsamen Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage in die Ratsgremien eingebracht, der unter anderem die Ausweitung auf 215 Baugrundstücke vorsieht. Der Antrag wurde im Umwelt- und im Bauausschuss intensiv beraten. „Die endgültige Entscheidung haben wir dann vertagt, um offene

Fragen zu klären“, betonte Klaukien und verwies auf die März-Sitzung des Umweltausschusses. Angesichts des zeitlichen Ablaufs könne von einer Planung im Eiltempo nun wirklich nicht die Rede sein.

So habe es von Seiten der Stadt eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Erstellung des Rahmenplanes gegeben. Bürgerinnen und Bürger nutzten laut Klaukien die Gelegenheit, sich konstruktiv in die Ausschussberatungen einzubringen: „Somit war das Verfahren stets öffentlich und transparent.“

Mit einer Rahmenplanung sei darüber hinaus noch keine Erteilung von Baurecht verbunden, macht der Fraktionschef deutlich: „Nach dem Beschluss über den Rahmenplan folgt in jedem einzelnen Baugebiet noch das Bauleitplanverfahren mit einer intensiven Bürgerbeteiligung.“

+++++

## Neues aus den Ausschüssen

### Haarenufer: CDU gegen Streichung von Parkplätzen



Gegenseitige Rücksichtnahme gefordert: Die Fahrradstraße am Haarenufer ist auch für Autos zugelassen. Bild: Oliver Bloch

Für mehr Transparenz im Umgang mit den Parkplätzen auf der Fahrradstraße am Haarenufer hat sich die CDU-Fraktion auf der jüngsten Sitzung des Verkehrsausschusses ausgesprochen. Auf einer Bürgerver-

sammlung hatte die Verwaltung Anfang Februar angekündigt, die Stellplätze vor Ort entfernen zu wollen. Im Ausschuss sprach sich die CDU wiederholt deutlich für deren Erhalt aus.

„Die auf der Bürgerversammlung vorgestellten Pläne, mit dem Wegfall von 14 Parkplätzen, sind im Vorfeld nicht mit der Politik diskutiert worden“, monierte Fraktionsvize Christoph Baak. Die Verwaltung presche bei diesem Thema vor und trage unnötig

zur Verunsicherung von Autofahrern, Radfahrern und Anliegern bei. „Die CDU-Fraktion wird einem Wegfall von Parkflächen auf keinen Fall zustimmen“, kündigte Baak an: „Wir lassen uns da von der Verwaltung nicht unter Druck setzen.“ Die CDU habe der Einführung der Fahrradstraße seinerzeit nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass genügend Stellflächen erhalten bleiben. „Die Bereitstellung ausreichenden Parkraums in der Fahrradstraße Haarenufer ist uns auch in Zukunft wichtig“, ergänzte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Manfred Drieling. Die Anlieger sowie die Geschäfte am Haarenufer müssten weiterhin gut erreichbar bleiben.

### Fraktion fragt nach: Engpässe bei Taxiversorgung



Begehrtes Objekt: Ein Taxi in den Abendstunden.  
Bild: Rainer Sturm/Pixelio.de

Die Engpässe bei der Taxiversorgung in Oldenburg waren Gegenstand eines Antrages, den die CDU-Fraktion in der jüngsten Sitzung des Verkehrsausschusses gestellt hat. Abgesehen vom Wegfall des beliebten Theatertaxis ist es vor allem für Senioren, die unter eingeschränkter Mobilität leiden, mitunter schwierig, zeitnah ein Fahrzeug zu bekommen. In den Abendstunden klagen

aber auch jüngere Personen über ähnliche Schwierigkeiten. Das nahm die CDU zum Anlass, nach der Zahl der Taxikonzessionen in Oldenburg zu fragen und die Einführung eines Senioren-Taxis anzuregen.

Ein Grund für den beklagten Missstand in Oldenburg ist nach Angaben der Verwaltung ein Umbruch im Taxigewerbe. Aufgrund einer Insolvenz sei die Zahl der Konzessionen im Vorjahr von 163 auf 125 gesunken. Es seien jedoch auch neue Zulassungen ausgegeben worden. Derzeit prüft ein Gutachter, wie viele Konzessionen für Oldenburg benötigt werden, um den Bedarf zu decken. Auch Fahrermangel und die Bezahlung nach Mindestlohn tragen nach Angaben der Unternehmen zur angespannten Situation bei. Die Fraktion wird dieses Thema weiterhin im Auge behalten.

## **Absage an weitere IGS**

Keine weitere Gesamtschule für Oldenburg: Zu diesem Fazit kam Gutachter Dr. Heinfried Habeck bei der mündlichen Vorstellung des Schulentwicklungsplans in der Februar-Sitzung des Schulausschusses. Habeck lobte die bisherige Schulstruktur in Oldenburg. Vor allem die Leistungsstärke an den Integrierten Gesamtschulen sei vorbildlich und Sorge für eine ausgewogene Verteilung innerhalb der weiterführenden Schulen. Eine weitere IGS hätte zur Folge, dass mehr Schüler auf den Gymnasien angemeldet würden, so dass auch hier weiterer Bedarf geweckt würde. Zudem spricht sich der Schulentwicklungsplaner dafür aus, die Oberschulen zu stärken. Er forderte Verbesserungen für die noch relativ neue Schulform statt die Oberschulen schlecht zu reden. Verbessert werden müsse auch die räumliche Situation an den Gymnasien. Im März soll das Gutachten in Schriftform vorliegen.

Zudem beschloss der Ausschuss eine Anpassung der Grundschulbezirke. Dies lehnte die CDU-Fraktion ab, da sie sich generell gegen Schulbezirke ausspricht.

*Für Rückfragen stehen Ihnen die Fraktionsvorsitzenden, Frau Dr. Niewerth-Baumann MdL und Herr Klaukien, gerne zur Verfügung.*

*Olaf Klaukien: 0177 – 2345523      Dr. Esther Niewerth-Baumann: 0173 – 2432909*

*Weitere Informationen über die Arbeit der CDU-Fraktion finden Sie auf unserer Internetseite: [www.cdu-fraktion-oldenburg.de](http://www.cdu-fraktion-oldenburg.de)  
Das Fraktionsbüro erreichen Sie unter 0441 – 2352686.*